

# Landnutzung im Klimawandel (LAIK)

München, 26.06.2024

Infanteriestraße 1 · 80797 München

**Resümee aus der Tagungsreihe Landnutzung im Klimawandel (LAIK) 2.2.23 | 20.7.23 | 8.12.23**  
T Wintergerst (THWS), S Schöbel (TUM), C Brandmeir (Bioland Deutschland), K Fackler (LPV Mittelfranken)

> NN: Direkte Bezüge zu Thesen aus den Vorträgen

Unsere Landschaft wird vielfach beansprucht. In ihr sollen Lebensmittel, Rohstoffe und Energie erzeugt werden, sie soll aber auch Ort für Erholung, Freizeit, Gemeinschaft und Identifikation sein. Auch der Kampf um den Erhalt von Biodiversität findet in der Landschaft und in Abhängigkeit von ihrer Bewirtschaftung statt. Die Landschaft muss zudem als Puffer gegen den schnellen Abfluss von Wasser und Nährstoffen dienen. > [Auerswald](#) Die Humusanreicherung und vor allem die Wiedervernässung von Mooren gelten zudem als wichtiger Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Speicherung.

All dies setzt unversiegelte, biologisch und hydrologisch wirksame Landschaft voraus – und doch gelingt es nicht, dem Flächenverbrauch Einhalt zu gebieten, weil Kommunen und Ämter, ungebrochen, die demografische und ökonomische Zukunft des Landes vor allem durch Ausweisung von Wohn-, Gewerbe- und Verkehrsflächen sichern wollen.

Die Landschaft muss weiterhin vielfältig genutzt werden, aber der Klimawandel wird durch die intensive Landnutzung bereits vorhandene Funktionsbeeinträchtigungen noch verstärken und zugleich das Tempo für notwendige Transformationen vorgeben. Wie mit diesen widersprüchlichen Zielen der Landnutzung umgehen?

## **Physis und Verantwortung**

Menschen und Gesellschaften sind an „ihre“ Landschaften gebunden. Landnutzung unterliegt ökologischen und gesellschaftlichen Regeln – Landschaft ist daher immer das wahrnehmbare Resultat aus materieller *Physis* und sozialer *Verantwortung*. Teil dieser Verbundenheit sind Konventionen, Standards und Traditionen. Auch dies muss in Transformationsprozessen der Landnutzung im Klimawandel berücksichtigt werden.

## Der notwendige Pfadwechsel der Landnutzung

Um die Produktivität der Landnutzung zu steigern, wurde in den vergangenen Jahrzehnten massiv in die Landschaft eingegriffen. Flurformen wurden verarmt, [> Heißenhuber](#) Wasserläufe begradigt und Landschaft entwässert [> Auerswald](#) sowie Wiesen in Ackerland umgewandelt. Flurreinigung und Agrarwissenschaft hatten wenig Bewusstsein für die negativen – ökologischen und sozialen – Folgen der Vergrößerung, Zusammenlegung und Homogenisierung der bewirtschafteten Flächen. Die Landschaft wurde geglättet – Strukturen ausgeräumt, die aber nicht nur Produktionshindernisse, sondern auch natürliche und soziale Lebensräume boten.

Unerwünschte Nebenfolgen sind der dramatische und existenzielle Verlust von Biodiversität durch Degradation und Fragmentierung von Lebensräumen. [> Heißenhuber](#) Schon jetzt ist ein landnutzungsbedingter Klimawandel zu beobachten, Überschwemmungen aus der Flur, Verschlammung von Gewässern und Dürren. [> Bäuml](#) Gewässerschutz, Bodenschutz und Naturschutz erfordern einen sofortigen Richtungswechsel in der Landnutzung. Die Tatsache eines aufgrund von Versäumnissen nun dringend notwendigen Pfadwechsels in der Landnutzung sollte auch in allen davon betroffenen Wissenschaften, der Politik und den Verwaltungen selbstkritisch und transparent reflektiert und diskutiert werden.

## Stellschraube Agrarpolitik: Anreize und Spielräume

Eine zentrale Stellschraube für die Landnutzung ist die Agrarpolitik, zugleich gesellschaftliche Dauerkontroverse. Landwirte und Landwirtinnen stehen vor dem Dilemma, entweder so zu erzeugen, dass ihnen die Wertschätzung einer zunehmend kritischen Öffentlichkeit zufällt, oder so, dass dieselbe Öffentlichkeit ihre niedrigen Marktpreise im Kaufverhalten honoriert. [> Heißenhuber](#) Zu einer „Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft“ gibt es daher keine Alternative. [> Heißenhuber](#) Ökonomischer Bestandteil davon muss es künftig sein, Leistungen in der Landschaftspflege angemessen zu honorieren – wie es im *Greening* der EU vorgesehen war und wie es etwa in den Niederlanden im Vertragsnaturschutz [> Stüber](#) und offenbar auch in England nach dem Brexit umgesetzt wird. Dabei zeigt sich: Politische Entscheidungen müssen hier Langfristorientierung gegen kurzfristige Interessen durchsetzen. Dies gilt auch für die Bayerische Landnutzungs politik. Sie muss sich deutlich verbindlicher an die bereits gesetzten Ziele der Landnutzung halten, beim Ausbau der ökologischen Landwirtschaft, beim Flächensparen, beim Biodiversitätsschutz und bei der Wiedervernässung. Wird die nach den Volksbegehren, den ursprünglichen Green Deal-Zielen der EU, den Sachverständigengutachten und den Verfassungsgerichtsurteilen gesellschaftsweit formulierten ökologischen Ambition aufgegeben, Landnutzungsfragen im Klimawandel politisch zu fokussieren, wird dies schwerwiegende Folgen haben auch auf die Bearbeitbarkeit von gesellschaftlichen Konflikten haben.

## Die Erhöhung der Rauigkeit und Funktionsmischung als ökologische und soziale Ziele

Die Tagungsreihe brachte viele Alternativen zur dominierenden Landnutzung zur Sprache, über die gesichertes ökonomisches und ökologisches Wissen existiert, [> Hülsbergen](#) denen aber betriebliche, marktliche, rechtliche, institutionelle, und oft auch sozialpraktische Hemmnisse entgegenstehen. Dazu gehören die Bedeutung des ökologischen Landbaus und der Weidehaltung für die Klimagasreduktion, des Graslands für den Boden- und Wasserschutz, [> Idel](#) die Reduktion der Bodenverdichtung durch Begrenzung von Radlasten [> Gottwald](#) wie die der Boden-austrocknung durch vertikale Hecken- oder Solarmodulstrukturen, [> Bäuml](#) die Entwicklung

neuer Paludikulturen zur Weiternutzung wiederzuvernässender Moore, die Mehrfachnutzung von Land mit Solaranlagen.

Als anschauliches Ziel der Landnutzung erwies sich während der ganzen Tagungsreihe die Erhöhung der „Rauigkeit“ der Landschaft. Damit ist die Gegenbewegung zur ökologischen und sozialen Homogenisierung des Bodens gemeint – die von der physischen Strukturierung des Offenlandes durch Hecken oder Baumgruppen und des Waldes durch Lichtwaldsysteme <sup>> Idel</sup> bis zur sozialen Neuordnung der Landnutzung in genossenschaftlich verantworteten Allmen- den und Pachtverträgen <sup>> Degenfelder</sup> reicht.

Eine Erhöhung der strukturellen Rauigkeit als „erweiterte landschaftliche Konditionalität“ <sup>> Gottwald</sup><sup>1</sup> kann auch durch die konsequente Einführung von Mehrfachlandnutzungen erreicht werden. Die Erhöhung der Rauigkeit und damit der Mischung und Dichte von biologischen Funktionen auf jedem einzelnen Quadratmeter bedeuten dabei keine zusätzliche Beanspruchung des Bodens, sondern im Gegenteil eine Belebung seiner biologischen und hydraulischen Prozesse und eine Steigerung seiner Leistungsfähigkeit.

### **Welche Werkzeuge braucht der Pfadwechsel in der Landnutzung?**

Als zentrale Frage erwies sich, wie der Diskurs um den Pfadwechsel in der Landnutzung in einer von Verlustängsten und Polarisierung geprägten gesellschaftlichen Stimmung geführt werden soll. Dabei scheint es wichtig, die Umsetzung der notwendigen gesamtgesellschaftlichen Vorgaben und Regeln in funktionierende Aushandlungsarenen zu übertragen, in denen die beteiligten Akteurinnen und Akteure vor Ort ihr Wissen über die Landschaft einbringen und miteinander Lösungen für Transformationsfragen der Landnutzung entwerfen und verhandeln können. Schon historisch waren es nicht Einzelne, die die Gestaltung der „Gmain“ bestimmten. <sup>> Ott</sup> Formen der kollektiven Selbstverwaltung und auch der Begrenzung der Nutzung gab und gibt es – wenngleich in Bayern etwa Boden- und Wasserverbände mit umfassendem Nachhaltigkeitsauftrag weitgehend fehlen.<sup>2</sup>

Damit eine solche mittlere Ebene entstehen kann, braucht es von der Politik und in der Bevölkerung eine neue Zuwendung zum ökologischen und ökonomischen kommunalen Handeln im Verbund, „zum Wohle des Rebhuhns und des Betriebs“. <sup>> Beckmann</sup> Es liegt ausdrücklich auch in der Verantwortung der bayerischen Politik und Verwaltung, den kollektiven Handlungsspielraum, eine Kultur des Aushandelns <sup>> Berghöfer, Keye</sup> zu öffnen, zu aktivieren, zu pflegen und zu erweitern. Dazu ist eine ermöglichende Verwaltung wichtig, die die aktiven lokalen Akteure vor Ort vertrauensvoll und flexibel unterstützt, etwa indem kollektive Planungsprozesse finanziell, koordinierend und moderierend mitgetragen werden.

Transformationskonflikte sind heute kaum mehr auf der Zielebene zu verorten, jedoch zunehmend auf der Mittel- und Ausführungsebene. Fragen der Verteilung von Verlusten und Vorteilen, die durch Veränderungen der Landnutzung entstehen, müssen leistungs-, vertrauens-, aber auch sozialgerecht <sup>> Schneider</sup> gelöst werden. Ohne eine intensive Kommunikation mit denen, von denen Veränderung erwartet wird, wird es nicht gehen. Dabei muss man sich auch

---

<sup>1</sup> s. GAP-Konditionalitäten-Gesetz (GAPKondG) und GAP-Konditionalitäten-Verordnung (GAPKondV)

<sup>2</sup> Das Thema Waldnutzung im Klimawandel konnte in der Tagungsreihe nur am Rande behandelt werden. Sowohl in der Öffentlichkeit, wie in der Politik und auch bei Waldbesitzenden scheint es hier aber sowohl in den Traditionen wie im aktuell laufenden Waldumbau ein erweitertes Verständnis der Bedeutung kollektiver Rechte und Pflichten in der Landnutzung zu geben. „Der deutsche Wald“ scheint heute eher als öffentliches und kollektiv zu regelndes Gut verstanden zu werden, als „die europäische Kulturlandschaft“. Wir regen an, dies in einem weiteren Projekt des Wissenschaftlichen Kuratoriums zu betrachten.

auf die die affektiven Implikationen solcher Prozesse einstellen und entsprechende hohe Kompetenzen in der Gesprächsführung und Moderation vorhalten. Die mit den Veränderungen verbundenen sozialen Prozesse benötigen intensive Forschung und Transfer in die Praxis.

Bei der Reparatur der Landschaftswasserregimes und der organischen Böden müssen über strukturelle Anreicherungen des Bodens hinausgehend aber derart schwerwiegende Probleme gelöst werden, dass hierfür neben einem grundlegenden Bewusstseinswandel <sup>> Mäck</sup> neue Politikansätze erforderlich sind. Unsere Flusssysteme sind dermaßen eng mit unmittelbaren Lebensbedingungen von Menschen verbunden, dass eine Belastungs- und Risikoreduktion für die Allgemeinheit für Einzelne, die in und von den künftig notwendigen „Schwammlandschaften“ leben, existenzielle Fragen aufwirft. <sup>> Spiller</sup> So ist an der bayerischen Donau ein effektiver Hochwasser- und Grundwasserschutz und zugleich Moorregeneration nur als Generationenprojekt und landesweite Gemeinschaftsaufgabe umsetzbar, die einen gerechten Ausgleich von Schaden und Nutzen schafft. Eine solche große Gemeinschaftsaufgabe „Donauplan“ vom schwäbischen Donaumoos bis nach Passau im Landesentwicklungsprogramm wäre zugleich eine Blaupause für weitere, neue Stadt-Land-Gesellschaftsverträge. Diese sollten durch Erweiterung der Ideen von „Bioregionen“ zu regionalen Landschaftsverträgen auch jenseits der Hochrisikolandschaften zum Regelfall werden.

### **„In Landschaft denken“**

Die neu zu schaffenden Regeln und Institutionen müssen in Methoden und Gesprächsformaten entwickelt werden, die der Lagerbildung und der Polarisierung entgegenwirken.<sup>3</sup> Stets sollte den Landnutzenden eines Naturraums größtmögliche kollektive Selbstverwaltung zukommen, auf welchem Weg die Region ihren – allerdings faktisch zu belegenden – Beitrag zu den Zielen der zu schließenden gesellschaftlichen Verträge effektiv erreichen. Dies verlangt von allen Beteiligten, nicht in Betrieben oder Verwaltungsbereichen, sondern „in Landschaften zu denken“. <sup>> Gottwald</sup> Der Wissenschaft kommt hier die Aufgabe zu, durch praktische Veranschaulichung der komplexen Prozesse in der Landschaft in gegenseitige Forschungs- und Lernprozesse mit den Landnutzenden und der Verwaltung einzutreten. Eine transparente und vertrauenswürdige Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Öffentlichkeit sind hoch bedeutsam.

Die mit einer Transformation der Landnutzungen verbundenen emotionalen, biographischen und intergenerationellen Konflikte bedürfen der Kommunikation. <sup>> Schöttner</sup> Hierfür sind neue Regeln, Institutionen und Diskurse in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft notwendig, die auch mit Simplifizierungen von Ländlichkeit brechen. Besonders relevant erscheint uns dabei der Blick auf die intermediäre soziale Ebene der kollektiven räumlichen Verantwortungen, wie sie traditionell durch Wasser- und Bodenverbände, Landschaftspflegeverbände, Rechtlergemeinschaften, Agrar- und Energiegenossenschaften etc. verkörpert werden und die durch neue Aushandlungsarenen zu großen und kleinen Landschaftsverträgen zur Transformation im Klimawandel ergänzt werden müssen. Dabei sollen partei- und interessenübergreifende lösungs- und handlungsorientierte Strategien gewählt werden, die den demokratischen Grundkonsens stärken.

↘.

---

<sup>3</sup> Als zentraler Ansatz wurde hier in der Vorbereitungsgruppe das Verfahren der Soziokratie beschrieben. Dabei zielen demokratische Entscheidungsprozesse nicht auf Mehrheitsbeschlüsse, sondern Konsense.